

# Antworten der Parteien auf unsere Fragen!

## Junge Liberale Bielefeld

<b>Erkennt ihr an, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt?</b>	Ja
<b>Wird es einen CSD Empfang vom Rathaus geben, der mit den ehrenamtlichen Menschen der CSD Orga abgestimmt wird, damit diese auch daran teilnehmen können? Wenn nein, warum nicht?</b>	Unsere Oberbürgermeisterkandidatin Jamin Wahl-Schwentker unterstützt einen gemeinsamen Empfang.
<b>Wie positioniert sich Ihre Partei seit dem letzten CSD zu den Rechten von LSBTIQ*-Personen konkret in Bielefeld?</b>	Auch in Bielefeld gibt es eine aktive Vorfeldorganisation der FDP: LISL. (Liberale Schwule, Lesben, Bi, Trans und Queer e.V.) Wir stehen in regelmäßigem Austausch mit der AIDS-Hilfe, insbesondere über unsere Landesvorsitzende Sabine Bauckhage.
<b>Welche Maßnahmen hat Ihre Partei in den letzten fünf Jahren für LSBTIQ*-Rechte in Bielefeld ergriffen?</b>	Teilnahme am CSD, Austausch mit verschiedenen Organisationen und Unterstützung haushaltsrelevanter Positionen.
<b>Gibt es in Ihrer Partei eine offizielle Arbeitsgruppe oder Beauftragte*r für LSBTIQ*-Themen in Bielefeld? Wenn nein, warum nicht?</b>	Ja, es gibt Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner u.a.: Sabine Bauckhage.
<b>Wie geht ihr regional damit um, dass Trans*, Intergeschlechtliche und Nicht-Binäre Menschen nicht umfassend durch Gewaltschutzgesetze berücksichtigt werden?</b>	Wir unterstützen bundesweit den Aktionsplan für LGBTIQ* sowie die Reform des Artikels 3 des Grundgesetzes.
<b>Was sind Eure Bemühungen Gewaltschutzräume für Trans*, Intergeschlechtliche und Nicht-Binäre Menschen zu finanzieren, abseits von Binär konzipierten Schutzräumen?</b>	Bisher liegt uns kein Schutzkonzept zur Beurteilung vor.

<p><b>Welche Maßnahmen setzen Sie auf kommunaler Ebene in Bielefeld für den Schutz von LSBTIQ*-Personen um (z. B. Antidiskriminierungsprogramme, Beratungsstellen, Schutzräume)?</b></p>	<p>Wir unterstützen die AIDS-Hilfe und BIEqueer in ihren Konzepten.</p>
<p><b>Unterstützen Sie die Einrichtung oder Finanzierung von LSBTIQ*-Community-Spaces in Bielefeld? Falls ja, wie?</b></p>	<p>Grundsätzlich ja – allerdings steht dies unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit angesichts der aktuellen Haushaltslage.</p>
<p><b>Wie setzen Sie sich für die Sicherheit von LSBTIQ*-Personen im öffentlichen Raum ein (z. B. Maßnahmen gegen queerfeindliche Gewalt, Polizeischulungen)?</b></p>	<p>Wir befürworten Sensibilisierungsmaßnahmen in Polizei und Ordnungsamt. Der Bereich der Polizei fällt jedoch in die Zuständigkeit des Landes.</p>
<p><b>Wie setzen Sie sich für die queersensible und menschenfreundliche Versorgung von Menschen mit Fluchtgeschichte ein?</b></p>	<p>Wir unterstützen die Konzepte der Bundes- und Landes-FDP. Auf kommunaler Ebene sind uns keine entsprechenden Fälle bekannt.</p>
<p><b>Wie haben Sie sich in den letzten Jahren mit dem Thema Wohnungslosigkeit/Obdachlosigkeit von queeren Menschen in Bielefeld eingesetzt?</b></p>	<p>Der Wohnungsmangel betrifft grundsätzlich alle Menschen. Daher halten wir es für unbedingt notwendig, mehr Flächen für Wohnraum bereitzustellen.</p>
<p><b>Setzt sich Ihre Partei für eine inklusive Sexualaufklärung an Schulen in Bielefeld ein?</b></p>	<p>Das Thema ist Landeszuständigkeit: Die FDP NRW unterstützt inklusive Aufklärung.</p>
<p><b>Wie unterstützen Sie Fortbildungen für Lehrkräfte und Sozialarbeitende zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in</b></p>	<p>Weiterführende Aufklärung: siehe vorherige Frage.</p>

<b>den Bielefelder Schulen?</b>	
<b>Welche Maßnahmen fordern Sie für den Schutz queerer Jugendlicher in Bielefeld vor Mobbing und Diskriminierung an Schulen und in Freizeiteinrichtungen sowie im Netz? Wie werden diese Maßnahmen Evaluert?</b>	Wir unterstützen Workshops und ähnliche Angebote – etwa von SCHLAU – zur Aufklärung in Schulen.
<b>Wie setzt sich Ihre Partei für den diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsleistungen für LSBTIQ*-Personen ein?</b>	Pflege queerer Menschen: Die Landes-FDP NRW hat noch in der früheren Landesregierung eine Studie zur Pflege queerer Menschen in Auftrag gegeben. Wir möchten diesen Weg weiterverfolgen.
<b>Wie unterstützen Sie eine verbesserte Versorgung für Trans*, Intergeschlechtlichen und Nicht-binäre Menschen, insbesondere in der medizinischen und psychologischen Betreuung in Bielefeld?</b>	Gerne lassen wir uns zu diesem Punkt beraten.
<b>Gibt es Initiativen Ihrer Partei, um ältere queere Menschen in der Pflege und Betreuung besser zu unterstützen? Wenn ja, welche?</b>	Im Bundesverband von LISL wurde eine neue Arbeitsgruppe zu diesem Thema gegründet – eine Mitarbeit ist ausdrücklich erwünscht.
<b>Unterstützen Sie die weiterführung des Selbstbestimmungsgesetzes? Wenn Ja, wie gehen Sie in Bielefeld damit um, falls das Gesetz wieder abgeschafft werden sollte?</b>	Ja, dieses wurde von Marco Buschmann (FDP) eingeführt. Sollte es abgeschafft werden, können wir kommunalpolitisch in Bielefeld wenig dagegen tun.
<b>Wie steht Ihre Partei zu geschlechtsneutraler Sprache und deren Anwendung in der Verwaltung?</b>	Sprache ist ein evolutionärer Prozess. Wir überlassen es jeder und jedem selbst, wie sie oder er sprechen möchte.
<b>Ist Ihre Partei bereit, die Regenbogenflagge an kommunalen Gebäuden und auf der Sparrenburg zu hissen, um Solidarität mit der LSBTIQ*-Community zu zeigen?</b>	Ja.

<p><b>Unterstützen Sie kommunale Förderprogramme für LSBTIQ*-Kulturveranstaltungen (z. B. CSD, Filmfestivals, Gedenkveranstaltungen)?</b></p>	<p>Ja, jedoch immer unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit.</p>
<p><b>Wie stehen Sie zur Anerkennung des 17. Mai (IDAHOBIT) als offiziellen Gedenktag gegen Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*-Feindlichkeit auf kommunaler Ebene?</b></p>	<p>Finden wir in Ordnung.</p>
<p><b>Werden Mitglieder Ihrer Partei regelmäßig in LSBTIQ*-Themen geschult? Falls ja, wie?</b></p>	<p>Es werden regelmäßig Seminare und Veranstaltungen von FDP und LISL angeboten.</p>
<p><b>Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei in den nächsten zwei Jahren unternehmen, um LSBTIQ*-Rechte in der Kommune voranzutreiben?</b></p>	<p>Wir sind sehr aufgeschlossen gegenüber notwendigen Maßnahmen. Sollte die Stadtverwaltung die Notwendigkeit sehen, den politischen Gremien eine Beschlussfassung vorzulegen, werden wir diese prüfen.</p>